

# Sallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe für Anhalt und Thüringen. Jahrg. 218 Nr. 211 a



**Bezugspreis:** monatlich 3 G.M., einschließlich Zustellungsgebühr. — Behälter: wenn sämtlich (Cassabücher, Zeitungs- und andere Anzeigen) mitgegeben. — Böcher überall einbinden mit Deutscher (Schabemater)

**Halle-Saale**  
Mittwoch, 9. September 1925

**Anzeigenpreis:** Die Spaltenbreite ist vom breiten Rand gerechnet: 10 Pfennig. Kleinere Zeilen 5 Pfennig. Familien-Anzeigen 8 Pfennig. Stellenangebote, Öffentliche Ausschreibungen 10 Pfennig. Geschäftsverträge 10 Pfennig. — für Plakatveröffentlichungen mit teils Gratisan.

**Geldstättelle Halle-Saale,** Leipziger Straße 61/62. (Fernruf Zentrale 2801) abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Pollichfonto Leipzig 20512

**Geldstättelle Berlin,** Hamburger Str. 50. (Fernruf Amt Kurwürf Nr. 6290) Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlan u. Druck von Otto Ohlbe, Halle-Saale

# Briand-Chamberlain-Balwin bei der Arbeit

## Die Valtischwindel-Konferenz in Lausanne?

### Entscheidungen in Aix-les-Bains

Genf, 8. September.

Raineyé, Chamberlain und Briand begaben sich heute mittags nach Aix-les-Bains, um den dort weilenden britischen Ministerpräsidenten Balwin einen Besuch abzugeben. Bei dieser Gelegenheit wurden die Berichte der Londoner Sachverständigen über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen mit Dr. Stresemann, die Ende September stattfinden soll, Besprechung geführt. Sowohl in englischen, als auch in französischen maßgebenden Kreisen war man nicht abgeneigt, der Zusammenkunft der Minister eine bedeutsamere Charakter durch die Teilnahme der Ministerpräsidenten zu geben. Diese Anregung ist ursprünglich von deutscher Seite ausgegangen und durch die Ansicht Mussolinis, an den Besprechungen teilzunehmen, neue Nahrung erhielt, war heute ebenfalls Gegenstand der Ministerbesprechungen in Aix-les-Bains.

Der französische juristische Sachverständige, Fromageot, trifft heute in Genf ein. Heute abend wird der endgültige Text der Einladungen, die an Dr. Stresemann an der Lausanner Konferenz ergehen soll, fertiggestellt werden. Die Einladung wird von Chamberlain, Brandeburke, Briand und Schölerer unterzeichnet sein. Wanderbeide wird Genf morgen verlassen, um einen kurzen Urlaub im Süden zu verbringen. Briand beschäftigt, dieser Tage nach Paris zurückzukehren. Chamberlain wird sich eine kurze Ruhepause gönnen, die er in der Schweiz verbringen will, um dann erst gegen Schluß der Herbstferien nach Genf zurückzukehren. Die Stadtverwaltung von Lausanne hat mitgeteilt, daß sie glücklicherweise die Anwesenheit von der geplanten Konferenz zu empfangen.

Nach späteren Meldungen ist die auf heute Abend angelegte Befragung der allierten Außenminister in Genf am morgen verlegt worden, da Briand und Chamberlain erst am späten Abend von ihrem Besuch aus Aix-les-Bains zurückkehren.

### Die Vorarbeiten in Berlin

Berlin, 8. September.

Von unserer Berliner Schriftleitung.  
Der Sachverständigen der deutschen Regierung, auf der Londoner Konferenz, Ministerialdirektor Gaus, ist nun nach Berlin zurückgekehrt. Er wird zunächst wohl das außerordentlich umfangreiche und komplizierte Material, das sich aus den Londoner Besprechungen ergeben hat, durchzuarbeiten haben, ehe die Beratungen innerhalb des Reichsministeriums stattfinden können. Es ist noch nicht fest, wann die Reichsminister zusammenzutreten wird, um an den Ergebnissen der Konferenz in London Stellung zu nehmen. Vermutlich dürfte dies jedoch vor der Abreise des Reichspräsidenten in den Ferien in dem befreiten Gebiet, also vor dem 17. September erfolgen. Man vermutet, daß die künftige verbindliche Verhandlung dieser Fragen auf interparlamentarischer Grundlage stattfinden wird, die ja auch aus dem Wunsch des Reichs- und Außenministers, nicht allein an einer Außenminister-Konferenz, sondern gemeinsam mit dem Reichskanzler und mit dem Innenminister Schiele zu Genf, hervorgeht.  
Nach Änderung der mündlichen Berichte der juristischen Sachverständigen in Genf, soll der Wortlaut der an Stresemann zu sendenden Einladungsnote zu einer Konferenz in Deutschland, England, Belgien, Frankreich und auch Italien in einem Orte am Comer-See stattfinden. Es scheinen sich jedoch Besprechungen geltend zu machen, die Initiative zur Einladung einer Konferenz der deutschen Regierung zu beschließen, was jedoch nur zu bedauern wäre, da hierdurch lediglich eine Verzögerung eintreten dürfte.

### Das Kernproblem der Sicherheitsfrage noch nicht gelöst

#### Ein englisches Eingeständnis

London, 8. September.

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph schreibt heute im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt von den Schwierigkeiten, denen sich Dr. Luffner und Dr. Stresemann und das deutsche Kabinett hinsichtlich der demnächst beginnenden Verhandlungen und der Konferenz entgegenübersehen. Es sei noch keineswegs sicher, daß die alliierten Ministerpräsidenten, die in den speziellen Angelegenheiten der öffentlichen Meinung Deutschlands besonders annehmbar erscheinen. Die Briand-Chamberlainische Formel, die im Falle eines klagenden Angriffs den Selbstbestimmungen zugrunde liegt, werde beibehalten, wie schon früher einmal von dem Korrespondenten ausgedrückt worden ist, für den speziellen Angelegenheiten zu entscheiden sein, oder hinsichtlich eines Konfliktes an den deutschen Ozeanen beharren noch immer die Hauptbestimmungen auf ihrer bisherigen Stellungnahme. Ohne eine Einigung in bezug auf die osteuropäischen Grenzfragen könne aber ein Übereinkommen dem rein praktischen Stand-

punkt aus hinsichtlich Westeuropas auch nicht ausfindig gemacht werden. Das Kernproblem des Sicherheitspaktes sei also noch zu lösen. Der Korrespondent stellt ferner, daß die öffentliche Meinung Deutschlands die Unterzeichnung eines Schutzpaktes zwischen Italien, Frankreich und der Tschechoslowakei als ein dauerndes Hindernis für die deutsch-französische Wiederbereinigung anerkenne würde, Berlin würde jedoch, wenn ein solcher Pakt zustande komme, demnächst nicht zufrieden sein, wenn auf Grund des Artikels 50 sollen sich die Mitglieder des Völkerbundes offen mit diesem Problem beschäftigen und nicht schon im voraus die deutsch-französische Wiederbereinigung automatisch durch ein Verbot unmöglich machen. Eine Abschaffung dieses Problems im Augenblick, ob sie nun durch deutsche oder alliierte Politiker gefordert, drohe gleichfalls den Abschluß der Sicherheitspaktverhandlungen hinaus zu schieben.

### Entwurf eines Ostpaktes der Kleinen Entente

Genf, 8. September.

Die Minister der Kleinen Entente, Benesch (Tschechoslowakei), Ruzicki (Jugoslawien) und Dula (Rumänien) trafen gestern zu einem Besprechungsstimmungen, um die Richtlinien für eine gemeinsame Politik festzulegen. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der Entwurf eines Ostpaktes, über den eine vollkommene Einigung erzielt wurde. Nach Schluß der Beratungen begaben sich Ruzicki und Dula, der Führer der tschechischen Bauernpartei, nach Genf, um dem dort weilenden Ministerpräsidenten Benesch einen Besuch abzugeben.

### Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin

München, 8. September.

Reichspräsident von Hindenburg ist heute nach mehr als dreiwöchentlichem Aufenthalt in den bayerischen Bergen nach Berlin zurückgekehrt. In Dietrichshagen hatten vor dem Schluß, in dem sich Reichspräsident von Hindenburg von seiner liebeswürdevollen Gastgeberin, Frau von Schiller verabschiedete, die Feuerwehr und die Göglinge des Klosters sich aufgestellt, die dem Scheidenden Blumensträuße überreichten. Die Landbevölkerung, die sich gleichfalls angeammelt hatte, grüßte den hohen Gast nochmals freundlich, als er mit seinem Sohn, Major von Hindenburg, den Kronwagen bestieg. In Dietrichshagen war dem Reichspräsidenten ein Abschiedsessen aufgestellt. Als der Zug des Reichspräsidenten polstern vorüberzieht, ernteten jubelnde Ovationen. Hindenburg rief der Menge wiederholt zum Abschied: „Auf Wiedersehen“. In München hatte sich auf dem Hauptbahnhof zur Begrüßung Eisenbahndirektor von Koller und der Vertreter des Reiches in Bayern Herr von Gumbel eingefunden, der dem Reichspräsidenten erklärte, sein Aufenthalt in Bayern und die Fühlungnahme mit der Bevölkerung hätten auch neue zur Festigung des Bundes zwischen Nord und Süd beigetragen.  
Nur vor 9 Uhr abends ist der Reichspräsident Hindenburg auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin eingetroffen.

### Dr. Wirths Abreise nach Amerika

Bremen, 8. September.

(Eigener Drahtbericht.)  
Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist heute am Bord des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Stuttgart“ nach New-York abgereist, um an dem am 1. Oktober in Washington beginnenden 28. Kongress der interparlamentarischen Union, deren Verhandlungen im Kapitel auf Washington stattfinden werden, teilzunehmen. Eine Anzahl anderer deutscher Parlamentarier wird im Laufe dieses Monats dorthin folgen.

### Der Stand der Handelsvertragsverhandlungen

Berlin, 8. September.

Am 15. September werden die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen von deutscher Seite unter Führung Trendelenburgs wieder aufgenommen. Eine der Haupt-schwierigkeiten wird hierbei die französische Zolltarifabelle bilden. Wenn die Abwägung zwischen den Parlamenten verabschiedet werden wird, wird ein definitives möglich sein. In anderen Fällen wird man sich mit einem Provisorium begnügen müssen.

Oktobers den deutsch-russischen Verhandlungen ist ein großer Optimismus nicht an der Hand. Während vor acht Tagen die Verhandlungen in Genf, daß die deutsche Delegation im Begriff war, abzutreten, sind die Verhandlungen zwar wieder in Fluß gekommen, eine endgültige Antwort steht aber noch aus. Die Verhandlungen erlitten eine Unterbrechung dadurch, daß die beiden Delegationen unter Führung des Grafen Protopopow-Schankin und Stannomoff in Genf zum Jubiläumfeier der Akademie weilten.

Die italienischen Verhandlungen nehmen ihren ruhigen Fortgang. Die Alarmmeldungen der Agenzia Italia und des Corriere della Sera treffen nicht zu. Da am 1. Oktober der

neue deutsche Zolltarif in Kraft tritt, scheint Italien einen Druck auf Deutschland ausüben zu wollen, um noch frühzeitig die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen.

### Abschaffung des Visums

Berlin, 8. September.

Der dänische Justizminister Steinde hat eine Erklärung veröffentlicht, in welcher er die Vermehrung des Sammellists der beiden deutschen Vereine, Verband der heimatreuen Deutschen Reichsdeutschen und „Deutscher Bund“ zur Arbeit nach der alljährlich stattfindenden Kreisbesprechung begründet. Die beiden Vereine hätten politische Ziele, die gegen die jetzige Grenze zwischen Dänemark und Deutschland gerichtet seien. Deutschland würde in diesem Falle sicher auch nicht anders handeln. Im übrigen sei keinem Deutschen die Einreise auf Kopenhagen verweigert. Das Sammellist möge aber eine Vergünstigung, die man in diesem Falle um möglich hätte gewähren können.

Die Erklärung des Justizministers hat die dänischen Zeitungen veranlaßt, sich mit der Frage des Visumzwanges prinzipiell zu befassen, und es ist bezeichnend, daß sogar eine Zeitung wie das dänische Organ „Dagbladet“ die Forderung der alliierten Presse nach Beseitigung des Visumzwanges unterstützt.

Die deutsche Regierung hat nun bekanntlich durch ihren Gesandten in Kopenhagen die Abschaffung des Visumzwanges zwischen Deutschland und Dänemark bereits vorgeschlagen, und man kann nur hoffen, daß die dänische Regierung andere Mittel finden wird, sich gegen die Überlieferung deutscher Arbeitslöhner nach dem unter Arbeitslosigkeit leidenden Dänemark zu wehren, als durch Aufrechterhaltung des Visums. Eine solche Maßnahme ist allerdings nur dann zu erwarten, wenn die dänische Regierung sich die Abschaffung des Visumzwanges lediglich die Gefahr mit sich bringt, Arbeitslosen zwischen Deutschland und Dänemark herozugewinnen.

### Severing über eine preussische Verwaltungsreform

Berlin, 8. September.

Im Landtagsausschuß für Städteordnung, der sich heute mit dem früheren Beschluß des Ausschusses auf Grund eines Zentrumsantrages zu beschäftigen hatte, legte der Beginn der Beratungen der preussische Innenminister Severing eine Denkschrift über die geplante Verwaltungsreform vor. Es wird darin erklärt, daß im Verhältnis vom Reich zu den Ländern, ein Doppelverhältnis zu vermeiden, eine klare Gliederung der Zuständigkeiten erreicht werden muß. Die künftige Durchführung des Programms, wonach die Aufgabe der Selbstverwaltungsorgane, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern übertragen werden soll, sei mit allen Kräften anzustreben. Ferner müsse eine ausreichende Finanzierung der Selbstverwaltungsorgane angestrebt werden, die für eine Verengung des mitteln Leistungsfähigen Selbstverwaltungsorgans Voraussetzung sei. In der Organisation der Staatsverwaltung solle grundsätzlich die Entscheidung in die lokalen Instanzen verlegt werden. Der Staat habe sich den Einfluß auf die Befehle der Stellen der Kreisinstanzen zu sichern. Dadurch werde vermieden, daß sich die Tätigkeit der Kreisinstanzen in Lokalpolitik erschöpfe. Die staatlichen Verwaltungsorgane der Provinzen, mit Ausnahme der Justiz- und Bergverwaltung seien unter einem Oberpräsidenten zusammen zu fassen. Neben den Oberpräsidenten trete ein Oberverwaltungsgericht, an das sich die Kreisinstanzen angeschlossen. Die besonderen Selbstverwaltungsorgane werden abgeschafft und die Provinzregierungen abgebaut werden. In der Zentralinstanz würde nach Durchführung aller dieser Maßnahmen innerhalb Preußens auch eine Vermehrung der Zahl der Ministerien möglich sein. Ferner sei eine Verringerung der Ministerzahl des Reiches und des Staates anzustreben.

Das ganze Reformwerk aber müsse bestehen auf einer Erziehung, einer Provinzialordnung, einem Landesverwaltungsorgan, einer Verwaltungsgerichtsordnung, einem Schulverwaltungsorgan, einer Dienstleistungsordnung, einem Finanzverwaltungsorgan, einem Wohnungswesen und einem Gesetz über die Organisation der Zahl der Landtagsabgeordneten und Staatsratsmitglieder.

In der Vorlesung der Denkschrift durch den Minister selbst ist eine längere Ausdeutung, die sich in großen Zügen mit der Denkschrift befaßt, in besonderer Weise aber sich auf die Fragen bezog, ob mit Rücksicht auf die von der Regierung immerhin nicht in Aussicht genommene große Verwaltungsreform eine weitere Verringerung der Initiativorgane des Zentrums über die Städte- und Landgemeinde-Ordnung im Reich auszuführen erfolgen solle. Bei der Abstimmung ergab sich eine Mehrheit für die weitere Beratung.





Stimmung der Deutschen Wertpapiermarkt genehmigt. Die O. S. der Deutschen Wertpapiermarkt genehmigt die Aufnahme von 500 Millionen Reichsmark in den Wertpapiermarkt am 5. Juni 1925, die den Kapitalmarkt des Reichs bilden. Sodann wurde die Liquidation der Gesellschaft beschlossen.

Die Abrechnungen der Aga abgeschlossen. Wie wir hören, nimmt der Betrieb bei der A. G. für Automotoren seinen ruhigen Fortgang. Die Abrechnungen sind bis auf weiteres hergestellt und nach der Bilanz der Gesellschaft vollständig im normalen Größenausmaß dem Wertpapiermarkt eines italienischen Anlegers zum Kauf der Aktienmajorität ist, wie uns von maßgebender Seite mitgeteilt wird, nicht beabsichtigt.

Währungsunion mit Amerika. Wie die 'Raff. Zeitung' berichtet, ist zwischen dem größten deutschen Automobilhersteller, dem 'Union' in Wittenberg (Sachsen) und der amerikanischen Automobilgesellschaft (Ford) eine Vereinbarung getroffen, die nicht nur für die Automobilhersteller, sondern darüber hinaus für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung ist.

Währungsunion mit Amerika. Wie die 'Raff. Zeitung' berichtet, ist zwischen dem größten deutschen Automobilhersteller, dem 'Union' in Wittenberg (Sachsen) und der amerikanischen Automobilgesellschaft (Ford) eine Vereinbarung getroffen, die nicht nur für die Automobilhersteller, sondern darüber hinaus für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung ist.

Berliner Schluss- und Nachbörse. Gegen Schluss der ersten Stunde fielen die Ermäßigungen des Kurs-Niveaus zunächst leicht fort. Dann setzte aber die Spekulation, die anfangs recht abgemessen war, wieder zu. Die Spekulation, die anfangs recht abgemessen war, wieder zu. Die Spekulation, die anfangs recht abgemessen war, wieder zu.

Zensur fest. Bobbie Anlin 129, Döbberl Farben 124, Böhmig 77, Sam. Greifertzer 125, Döbberl 41, Böhmig 62 1/2, Bremen Security 67 1/2, Bremerhafen 103, Sam. Greifertzer 125, Bremen Security 67 1/2, Bremerhafen 103, Sam. Greifertzer 125.

Frankfurter Börse. Zensur fest. Bobbie Anlin 129, Döbberl Farben 124, Böhmig 77, Sam. Greifertzer 125, Döbberl 41, Böhmig 62 1/2, Bremen Security 67 1/2, Bremerhafen 103, Sam. Greifertzer 125.

Hamburger Börse. Auf die harte Erholung der Schiffbauindustrie erfolgte gestern ein mühsames Aufholer, wobei auch auf den übrigen Wertpapiermarkt Abgaben vorgenommen, so daß die Tendenz allgemein flau blieb.

Lauf. Das inflationsbedingte Angebot war unbedeutend gering. Die Börsen waren es etwas größer als gestern. Die Börsen waren es etwas größer als gestern. Die Börsen waren es etwas größer als gestern.

Table with 2 columns: '8' and '7 1/2'. It lists various stock prices and market indicators.

Table with 2 columns: '8' and '7 1/2'. It lists various stock prices and market indicators.

Deud und Gerat. von Otto Ziemle. Weiter der Redaktion: Adolf Jentzen. Fernsprecher 111. Die Redaktion: Adolf Jentzen. Fernsprecher 111.

Berliner Börse vom 8. September 1925

Main table of stock prices for September 8, 1925. Columns include stock names (e.g., Berlin, Hamburg, Frankfurt) and their corresponding prices.

Weitere Berliner Kurse.

Table of additional stock prices for various companies and sectors, including 'Anh. Kohlenwerke', 'Eisenmatten', and 'Lehrke A-G'.